

KURZPROTOKOLL

Vereidigung



Als Ersatz für den abtretenden alt Kantonsratspräsidenten Karl Betschart (SVP, Baar) hat Oliver Betschart (SVP, Baar) gestern den Eid abgelegt. Der 36-jährige Kaufmann nimmt ab sofort und bis Ende der Legislatur im Jahr 2010 den Platz seines Vaters ein.

Einbürgerungen

Der Kantonsrat hat gestern 144 Personen das kantonale Bürgerrecht erteilt.

Kantonalbank

Arthur G. Nick wurde als neues Mitglied der Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank gewählt. Von den 74 anwesenden Kantonsräten stimmten 56 der Wahl zu, 9 dagegen und ebenso viele legten leer ein.

HarmoS

In der Schlussabstimmung (2. Lesung) stimmt der Rat mit 53:17 dem HarmoS-Konkordat zu. Das Behördenreferendum wird abgelehnt. Statt der nötigen 27 Stimmen erhält die SVP nur deren 15.

Rettungsgrabung

Die archäologischen Rettungsgrabungen im Chamer Alpenblick können beginnen. Der Kantonsrat (2. Lesung) genehmigte mit 62:3 den Objektkredit von maximal 4,27 Millionen Franken. Eine erste Tranche beträgt 2 Millionen Franken.

Bio-Treibstoffe

Der Kanton Zug reicht keine Standesinitiative zur Förderung nachhaltig produzierter Bio-Treibstoffe ein. Die FDP-Motion wurde nicht erheblich erklärt. Auch das ergänzende Postulat der FDP, das Bio-Treibstoffe im Kanton Zug fördern wollte, wurde nicht überwiesen.

Lohnleichheit

Der Rat nahm die Antwort der Regierung zur Interpellation von Christiana Huber (SP, Cham) betreffend Lohnleichheit von Frauen und Männern zur Kenntnis.

Schütteltrauma

In den letzten fünf Jahren wurde kein Baby mit Wohnsitz im Kanton Zug mit Schütteltrauma in eines der umliegenden Spitäler eingewiesen. Verschiedene Ratsmitglieder wiesen auf die wichtige Information hin. Eine eigene Kampagne will die Regierung nicht lancieren.

Ordnungsbussen

Das Parlament erklärte die Vorstös von Daniel Abt (FDP, Baar) und Andreas Hausheer (CVP, Steinhausen) zur Einführung von Ordnungsbussen als erheblich.

Schulschwimmen

Das Schulschwimmen wird im Kanton Zug auf Primarstufe nicht obligatorisch. Im Rat fand sich keine Mehrheit für eine entsprechende SP-Motion. Sie wurde mit 24 zu 37 Stimmen nicht erheblich erklärt.

PC-Beschaffung

Der Rat beschloss mit 49 zu 18 Stimmen, das Postulat der Alternativen Fraktion «Für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung von PCs» als nicht erheblich zu erklären.

Steuerdumping

Die Mehrheit des Kantonsrates bestärkte die Regierung in ihrer bisherigen Steuerpolitik.

Nächste Sitzung

Die nächste, ganztägige Kantonsrats-sitzung findet am 30. April statt. Infos im Internet: www.zug.ch/kantonsrat

Kanton

Schwimmunterricht geht unter

Dem Kantonsrat ist wichtig, dass Kinder schwimmen lernen. Aber nicht obligatorisch in der Schule. In der Pflicht bleiben die Eltern.

VON FREDDY TRÜTSCH

Dass Kinder schwimmen lernen müssen, dagegen hat sich niemand in der gestrigen Debatte ausgesprochen. Mit einem Obligatorium auf Primarstufe, wie von Martin B. Lehmann (SP, Unterägeri) gefordert, tun sich SVP, CVP und Teile der FDP schwer. Sie lehnen das Begehren mehrheitlich ab.

Andererseits findet Barbara Strub (FDP, Oberägeri): «Dem Ziel, dass jedes Zuger Kind schwimmen kann, kommen wir mit der Begründung der Regierung keinen Armzug näher.» Und sie fragt weiter, wie es wäre, wenn der Bildungsrat unter Führung der Bildungsdirektion einen Lehrplan erstellen würde? Die minimale Forderung: «Jedes Zuger Schulkind kann schwimmen.» Es gebe nämlich verschiedene Wege, dies zu erreichen. Und nicht immer müsse es

der Bau eines Schwimmbades sein, wie die Beispiele Hünenberg, Neuheim und Oberägeri belegen.

Regierung winkt ab
Strub spricht damit die Argumente

der Regierung an, die nach wie vor ein Obligatorium ablehnt, weil der entsprechende Lehrplan und in einzelnen Gemeinden die Infrastruktur fehle.

Da hakt Manuel Aeschbacher (SVP, Cham) ein. Also bleiben der Bau eines eigenen Hallenbades oder der Transport der Klassen in das nächstgelegene Bad übrig. Und «nächstgelegene» könne unter Umständen «lang» bedeuten, wenn man die für den Transfer nötige Zeit in Betracht ziehe. «Müssten zum Beispiel Rischer Schüler nach Cham, so ist für eine Lektion à 45 Minuten eine weitere Lektion für Transport und Um-

ziehen einzuplanen.» Regierungsrat Patrick Cotti ergänzt: «Nur der Bildungsrat kann die Lehrpläne erlassen.» Wenn der Kantonsrat den Schwimmunterricht durchsetzen wolle, dann müsse er die Zuständigkeit im Schulgesetz ändern.

Der Chamer CVP-Kantonsrat Georg Helfenstein folgt, das Grundanliegen müsse ernst genommen werden. Aber er erinnert auch an die Pflichten der Eltern. «Es kann nicht sein, dass die Schule für alle Probleme und Sorgen aufkommen muss, nur weil die Eltern ihnen nicht nachkommen.» Andererseits beschneide ein Obligatorium das Hoheitsgebiet der Gemeinden.

Motionär Martin B. Lehmann stellt fest, dass rund ein Drittel der Kinder in der Schweiz keinen Schwimmunterricht erhält. «Und davon lernt die Hälfte entweder bei den Eltern oder in einer

kostenpflichtigen Schwimmschule trotzdem schwimmen. Der Rest bleibt jedoch Nichtschwimmer mit allen Nachteilen.»

Beispiel Hünenberg

Lehmann wirft der Regierung vor, halbherzig vorgegangen zu sein. Klar sei der Bildungsrat für die Lehrpläne zuständig. Er sei aber an gewisse Rahmenbedingungen gebunden, die ihm der kantonale Gesetzgeber vorgebe. Zur fehlenden Infrastruktur fügt er an: «Hünenberg führt den obligatorischen Unterricht ein. Am Ende des Jahres ermittelt ein 25-Meter-Schwimmfest über die Fähigkeiten. Bei Nichtbestehen bietet die Schule zu einem Schwimmkurs ausserhalb der Unterrichtszeit auf.» Es gehe also doch.

Im Sinne einer nachhaltigen und effizienten Gesundheitsförderung müsse der Kanton beim Thema Schwimmunterricht unbedingt den Lead übernehmen. Lehmann: «Üben wir sanften Druck auf die drei verbleibenden Gemeinden Walchwil, Unterägeri und Risch aus, damit sie ernsthaft nach Lösungen suchen.» Manche Fragen rechtfertigten zuweilen einen Eingriff in die Gemeindeautonomie.



«Kinder müssen unbedingt in der Primarschule schwimmen lernen.»

MARTIN B. LEHMANN, SP-KANTONS RAT UNTERÄGERI

Karl Betschart

«Ich wäre zur Hypothek geworden»

Nach zehn Jahren tritt Karl Betschart als Kantonsrat zurück. Weil ihm die Integration Mühe bereitete.

In den letzten beiden Jahren sass der Baarer SVP-Kantonsrat ganz zuoberst im Saal, auf dem Stuhl des Ratsvorsitzenden. Drei Sitzungen hat er seither wieder in den Reihen der Kantonsräte verbracht – was ihm grosse Mühe bereitete. «Es fällt mir schwer, mich wieder in meine Fraktion zu integrieren», sagte Betschart, der zehn Jahre im Parlament sass, gestern in seiner Abschiedsrede. «Als SVP-Politiker weiss ich nun, was Integration bedeutet.» Die letzten vier Jahre habe er versucht, politisch neutral zu bleiben. Nun wieder Parteipolitik zu betreiben, falle ihm schwer. «Für meine Fraktion wäre ich vermutlich zur Hypothek geworden.» Zum Schluss wünsche er sich nur eins: Gegenseitiger Respekt. «Es geht nicht darum, möglichst viele Siege einzufahren, sondern unseren Kanton würdig zu vertreten.»

Diese Einstellung hat Betschart während seiner Präsidentschaft auch immer wieder vorgelebt. «Mit deiner überlegten und ausgleichenden Art hast du viel Ruhe und Gelassenheit in diesen Saal gebracht», sagte sein Nachfolger auf dem Präsidentschaftsstuhl, Bruno Pezzatti.

ANDREAS OPLIGER



Beatrice Gaier (CVP, Steinhausen) überreicht Karl Betschart (SVP, Baar) einen Blumenstrauss.

BILD STEFAN KAISER

FDP-Postulat

Entführungsalarm sofort einführen

ft. Bei einem nationalen Entführungsalarm, so argumentiert die FDP-Fraktion in ihrem Postulat, würden möglichst rasch landesweit genaue Informationen über eine Entführung verbreitet. So sei es auch möglich, nützliche Hinweise aus der Bevölkerung zu erhalten. Die Verbreitungsmittel seien sehr weit gefächert und würden sämtliche elektronischen Medien, Web-Instrumente, elektronische Autobahnanzeigetafeln sowie Durchsagen an Bahnhöfen, Grenzübergängen und Flughäfen miteinbeziehen. Ausgelöst würde die Suche von einer zuständigen Behörde des betreffenden Kantons.

Anderer Länder, so die Freisinnigen in ihrer Begründung weiter, hätten solche Systeme mit Erfolg eingeführt. In der Schweiz komme das Vorhaben aber nicht vom Fleck. Die FDP verlangt, dass der Regierungsrat auf kantonaler und interkantonaler Ebene tätig wird. Und dies in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen, dem Bund und den anderen Betroffenen (SBB, Telefonanbieter).

Steuerdumping

Aus dem «ideologischen Schützengraben» raus

Die Alternativen geisseln die Zuger Steuerpolitik. Aber da verweigern selbst die Genossen die Gefolgschaft.

«Untergang der neoliberalen Ideologie», «Steuergeschenke an die Reichen und Superreichen», «Steuerdumping» oder neoliberale Tiefststeuerpolitik – diese Schlagwörter der Alternativen kommen im Kantonsrat nicht gut an. Deshalb wird ihre Interpellation (die Neue ZZ berichtete am 24. März) zum Thema Steuerdumping zerzaust.

Alois Gössi (SP, Baar) sagt: «Das im Vorstoss benützte klassenkämpferische Vokabular hat in unserer Fraktion beinahe zu einem intellektuellen Schleudertrauma geführt.» Die SP halte es angesichts des starken Rückgangs der

Konjunktur, welcher mittlerweile schon erste Folgen in Zug zeige, für angebracht, die ideologischen Schützengräben zu verlassen. Man müsse gemeinsam die Auswirkungen der Rezession bekämpfen. Die von der SP längst deponierte Forderung, den Mittelstand zu entlasten, werde die Regierung in den nächsten Monaten umsetzen.

Sachlich bleiben

Ähnlich votieren Thomas Lötscher (FDP, Neuheim) – «der Staat gibt den Bürgern nur das zurück, das er von ihnen zu viel verlangt hat» – und Silvia Thalman (CVP, Zug). Sie hofft, dass die Beratungen der anstehenden Steuergesetzänderung in den nächsten Monaten geprägt seien von der sachlichen Suche nach der besten Lösung und dies ohne die entsprechende Ideologie.

FREDDY TRÜTSCH

«Intellektuelles Schleudertrauma»

«Das klassenkämpferische Vokabular hat in unserer Fraktion beinahe zu einem intellektuellen Schleudertrauma geführt.»

SP-Kantonsrat **Albert Gössi** (Baar) zur Wahl der Alternativen bezüglich Steuerpolitik.

AUFGESCHNAPPT

«Der Gesundheitsdirektor beweint die mangelnde Bewegung der Jugend. Die Direktorin des Innern singt das Lied der Integration. Der Finanzminister muss mit den Steuern runter. Der Bildungsdirektor möchte die besten Schulen. Der Polizeidirektor ist interessiert an wenig Badeunfällen. Der Volkswirtschaftsdirektor muss einen volkswirtschaftlichen Nutzen erkennen. Für den Baudirektor habe ich nichts.»

FDP-Kantonsrat **Rudolf Balsiger** (Zug) warb für den obligatorischen Schwimmunterricht.

ft/opp